

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Frauen im Fabrikbetrieb

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die in Leipzig erscheinende illustrierte Zeitung für die Industrie in ihrer Nr. 19 vom 12. Mai an leitender Stelle eine Einseitigkeit von einem Unternehmer, die manches von dem bestätigt, was in der Arbeiterpresse schon wiederholt über die jetzige Ausdehnung der Frauenarbeit geschrieben worden ist. Der Verfasser sagt, es habe sich gezeigt, daß der Mann durch die Frau ersetzt werden kann, abgesehen natürlich von Arbeiten, bei deren Ausführung ein gewisses Minimum von Körperkraft Grundbedingung ist. „Gewisses Minimum“ ist ein vieldeutiger Ausdruck; der Verfasser hilft sich jedoch, irgend welche genauere Angabe darüber zu machen. Damit ist also nichts anzufangen, obgleich der Verfasser beabsichtigt, „einen Vergleichsversuch anzustellen, wo die Frauenarbeit vorzuziehen ist und wo nicht“. Deutlicher wird er bei dem, was er den „finanziellen Punkt“ nennt. Er sagt:

„Greifen wir zunächst den finanziellen Punkt auf, so zeigt es sich, daß die Frauenarbeit den Fabrikanten bedeutend billiger zu stehen kommt, wie die Männerarbeit; als Beispiel sei angeführt: Es werden im Stücklohn für 100 Stück an den Mann 1,55 M bezahlt, an die Frau 0,72 M.“

Im vorliegenden Falle war die Höchstleistung in der Schicht beim Mann 400 Stück, bei der Frau 500 Stück; dies ergibt vergleichsweise für denselben Artikel bei 500 Stück einen Arbeitslohn von 7,75 M für den Mann und 3,60 M für die Frau. Bei diesem Beispiel ist also der Fabrikant mit der Frauenarbeit entschieden im Vorteil.“

Das ist also die Bestätigung eines Unternehmers von dem, was in den Berichten von den Verwaltungsstellen unseres Verbandes schon oft mitgeteilt werden mußte. Besonders krasse Fälle sind in Nr. 15 (aus Solingen) und Nr. 17 (aus Jena) der Metallarbeiter-Zeitung zu finden. Nach dem, was schon über die Ueberpannung der Frauenarbeit gesagt worden ist, genügt es an dieser Stelle, die Bestätigung von Unternehmerseite einfach zu vermerken.

Wir wissen nicht, wie umfangreich die Erfahrungen sind, auf denen der Verfasser seine Angaben stützt; es will uns jedoch scheinen, daß er sie in unzulässiger Weise verallgemeinert. So behauptet er, daß bei der Arbeit der Frau im allgemeinen emsiger sei. Außerdem habe sie auch „den Vorteil, daß sie so manches größtenteils durch das Feingefühl der Fingerspitzen rascher erledigt, da der Mann sich in der Hauptsache auf die Augen verläßt. Hierbei ist besonders an die Revision von kleinen Metall-Galb- und Ganzfabrikanten gedacht. Die Frau arbeitet also auch hier rascher und, wenn sie im Tagelohn angestellt ist, billiger.“

Die Maschinen, bei denen die Frauen mit Vorteil zu verwenden sind, sind nach Angaben des Verfassers kleinere Bohr- und Fräsmaschinen, desgleichen „nicht zu schwere Drehbänke“. Was heißt „nicht zu schwer“? Die größten Karussellbänke wollen wir aus dem Spiel lassen. Man hat aber auch schon Schnell-drehbänke mit waggerichter Spindel von ganz ansehnlicher Größe gebaut und im Verhältnis zu diesen erscheint selbst ein Drehbank, auf der 80 Pfund schwere Granaten abgedreht werden können, immer noch als eine „nicht zu schwere“ Drehbank. Wie in einem Bericht aus Berlin nachzulesen ist (Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung von 1915), ist es dort schon vorgekommen, daß eine Frau täglich 36 solcher Granaten abdrehte. Wir wollen indessen zur Ehre des Verfassers annehmen, daß er an so schwere Dreharbeiten nicht gedacht hat, sondern nur an viel kleinere Metallwaren. Er sagt weiter: „Hierzu läßt sich keine Norm aufstellen, hier muß der Betriebsleiter ab- und zugeben können.“

Der Verfasser wird nicht bestreiten können, daß damit nicht viel anzufangen ist. Gewiß können wohlwollende und vernünftige Betriebsleiter manches Unheil verhüten, aber wir wissen doch alle, daß auch diese nicht immer nur nach eigenem Ermessen handeln dürfen, sondern ebenfalls gebrängt werden und infolgedessen härter gegen die Frauen verfahren müssen, als sie möchten. Gewisse Abgrenzungen für die Frauenarbeit werden sich nicht umgehen lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß besonders kräftige Frauen ihre Kräfte nicht voll ausnützen können.

Als weiteren Vorzug der Frau gibt der Verfasser an, daß sie „nicht mühsam zur Arbeit kommt“. Ferner habe sie sich „nach den im vorliegenden Falle gemachten Erfahrungen der letzten zwanzig Monate im wöchentlich mit Tagelohn turnusmäßig wechselnden Nachdienst als wider Erwarten sähe erwiesen“. Es liegen aber auch schon andere Erfahrungen vor. Wir verweisen nur auf die Abhandlung über die Frauenarbeit in der Chemnitzer Metallindustrie in Nr. 20 der Metallarbeiter-Zeitung. Ferner glauben wir, daß manche Frau sich jetzt nur noch mit Mühe in die Fabrik schleppt, weil sie bei der Leistung mit der Unterstützung nicht auskommen kann und obendrein die Unannehmlichkeiten fürchtet, die mit dem Unterstützungsbezug verbunden sind. Wir haben wiederholt erlebt, daß beim Abfließen des Geschäftsganges die Krankenkassen wesentlich härter in Anspruch genommen wurden als zur Zeit, wo alle Betriebe fast beschäftigt waren. Die Arbeiter suchten so lange wie möglich ihren Lohn zu verdienen, obwohl sie schon ärztlicher Behandlung bedurften. Man hat dies schon als Gesundheits-simulation bezeichnet. Die Krankmeldung wurde verschoben, bis der Verdienst geringer wurde oder gar Arbeitslosigkeit zu befürchten war. Wir sind überzeugt, daß es bei den Arbeiterinnen nicht anders gehen wird, vor allen Dingen bei solchen, die die Fabrikarbeit nicht gewohnt und den Anstrengungen nicht gewachsen sind. Wahrscheinlich wird nach dem Nachlassen der Heeresaufträge ein starkes Aufschwellen der Erkrankungen weiblicher Krankenkassenmitglieder eintreten. Erst dann werden wir in der Lage sein, genau beurteilen zu können, wie die Ausdehnung der Fabrikarbeit auf die Frauen gewirkt hat.

Der Verfasser faßt sein Urteil über die Frauenarbeit folgendermaßen zusammen:

„Die weibliche Arbeitskraft wird also der männlichen stets dort vorzuziehen sein, wo es in der Hauptsache auf nicht großen Kraftaufwand und nicht auf persönliche Initiative ankommt — also vor-

die Arbeit eine fast rein mechanische, automatische und möglichst geringe Denkfähigkeit voraussetzende ist.“

Der Verfasser hat jedoch auch eine „Rehrseite der Medaille“ beobachtet. Er erwähnt zunächst:

„Die Frau ist, wenn die erste Scheu überwunden, nur zu sehr geneigt, die Gefahren des Maschinenbetriebes zu überschätzen, was die Unfallstatistik durch einen relativ höheren Prozentsatz beweist.“

Da ist wohl ein Druckfehler vorhanden. Der Verfasser kann nur gemeint haben, daß die Frau geneigt sei, die Gefahren zu unterschätzen. Er sagt nicht, ob dies auf Leichtsinne oder nur auf Unerfahrenheit beruhe. Man kann ihm ja zugestehen, daß ein Teil der Unfälle diesen beiden Ursachen zuschreiben ist. Sicher werden aber sehr viele Unfälle der Frau nur der Ueberanstrengung auszusprechen sein. Aus den künftigen Berichten der Krankenkassen und der Berufsgenossenschaften wird man dies aber wohl kaum ersuchen können. Um so mehr ist es darum Aufgabe der Vertrauenspersonen der Gewerkschaften festzustellen (natürlich immer streng wahrheitsgemäß), mit welcher Arbeit die verunglückten Frauen beschäftigt waren und wie lange sie schon daran gearbeitet haben.

Das Verhältnis der „unteren Aufsichtskategorie“ soll nach der Behauptung des Verfassers „in den weitaus meisten Fällen sehr zu wünschen übrig“ lassen. Er sagt, er habe „Meister kennen gelernt, die jahrelang mit Männern ihren Dienst tadellos versehen, als sie Frauen zu befehlen belamen, waren sie bald unmöglich und mußten in andere Abteilungen versetzt werden“. Ferner verlangt er, daß „aus sittlichen und Gründen höherer Leistungen“ Frauen und Männer, „wo immer es zugänglich ist, in getrennten Räumen beschäftigt werden, denn trotz aller Aussicht können sonst überflüssige und herbe Unterhaltungen beim sogenannten gemischten Betriebe nicht hintangehalten werden“. Gewiß mag ja da und dort etwas vorzukommen, was besser unterbleibe und es gehört auch zu den Aufgaben der Gewerkschaften, ihre Mitglieder zu anständigem Betragen zu erziehen. Im übrigen glauben wir, daß die unliebsamen Vorkommnisse mit der Zeit von selber abnehmen werden, wenn der Reiz der Neugier geschwunden sein wird.

Der Verfasser fordert für die Frauen weibliches Auf-sichtspersonal, teils, weil es gegen ihr eigenes Geschlecht strenger sei, teils, weil es die Frauen besser verstehen. Ferner sollten die Frauen in allen Betrieben Hauben tragen, teils aus Reinlichkeit, teils zur Vermeidung von Unfällen. In Maschinen-fällen sei außerdem das Tragen einer „Hosenschürze“ (so-genannte Kombination) notwendig und er macht besonders die Gewerbeinspektoren darauf aufmerksam.

Er empfiehlt den Unternehmern, die bisher noch nichts vom „Weiberbetrieb“ wissen wollten, einen Versuch zu machen. Wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, werde die Zeit lehren, denn „ohne Zweifel ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus vorzuziehen, daß der Mann nicht zu sehr zurückgedrängt werde, damit er seine Familie ernähren kann.“

Es läßt sich zu dieser Einseitigkeit in dem Leipziger Unter-nehmerblatt noch viel sagen. Auch die Schriftleitung dieser Zeit-schrift wünscht, daß aus der Praxis heraus diese gerade jetzt aktuelle Frage auch von weiteren Fachleuten beleuchtet werde“. Wir meinen, daß es ebenfalls notwendig ist, daß Fachleute aus der Arbeiter-schaft ihre Meinung dazu sagen. Erfahrungen sind jetzt schon genug vorhanden.

Die deutsche Arbeiterklasse und der Weltmarkt

II.

Bei der großen Bedeutung, die die Ausgestaltung unseres Wirtschaftslebens für die deutsche Arbeiterklasse hat, erscheint es selbst-verständlich, daß man ihr das Recht einräumt, in allen wirtschaftlichen Fragen mitzusprechen und mitzuentschieden. Es geht nicht mehr an, daß man sie einfach beiseite schiebt wie ein unmündiges Kind, das nicht gefragt wird, und daß man über ihre Köpfe hinweg die wichtigsten Entschlüsse faßt. Früher war es ja Brauch, daß die Regierungen und Behörden bei bevorstehenden Entscheidungen nur die Unternehmer zu Rate zogen und mit ihnen die Sache überlegten. Auf den Tagungen der Unternehmer waren sie amtlich vertreten, aber auf den Arbeiterkongressen waren sie „wegen Zeitmangels“ jedesmal verhindert. Höchstens die Kongresse der unternehmer-treuen Ver-einigungen verschönten sie mit ihrer Gegenwart. Das muß nach dem Kriege anders werden; Anzeichen für eine Veränderung sind vorhanden, und wenn die Sache so weiterläuft, werden die Gewerkschaften, als die berechtigten Vertretungen der deutschen Arbeiter, in der künftigen Friedenszeit regelmäßig in der Lage sein, in wirtschaftlichen Fragen mitzuwirken. Das darf nicht etwa als eine Anerkennung und eine Belohnung für gutes Verhalten aufgefaßt werden, sondern die Heranziehung der gewerkschaftlichen Organisationen ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Urteilskraft, Einsicht und Leistungsfähigkeit dieser Organisationen der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die deutsche Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie längst mündig geworden ist, ein so wichtiger Teil des Volkes ist bei dem Ausbau unserer Zukunft nicht zu entbehren. Dieses Mitbestimmungsrecht des deutschen Proletariats darf sich natürlich nicht auf Fragen des wirtschaftlichen Lebens beschränken, sondern es muß auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausgedehnt werden. Es besteht befamlich eine ununterbrochene Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Vorgängen und Entscheidungen, die diese Mitwirkung bringend fordert. In allen Fragen kultureller, geistiger, sozialer, rechtlicher, sittlicher und poli-tischer Natur muß der deutsche Arbeiter als gleichberechtigter Staats-bürger und gleichwertiger Volksgenosse zur Mitarbeit herangezogen werden. Aus diesem Zusammenarbeiten der verschiedenen Bevölkerungs-schichten wird das Wohl unseres Volkes hervorzusprießen. Selbstverständlich wird es auch nicht ohne Kämpfe und Kämpfe abgehen, aber die inneren Gegensätze müssen einseitigen zurück-gedrängt werden, weil unsere wichtigste und bringendste Aufgabe darin besteht, die Bünde zu helfen, die der Krieg gelöst hat, und die

Bünde auszufüllen, die er gerissen hat. Die Befundung unseres Volkes in seiner Gesamtheit, die Erneuerung seiner Kraft und die Steigerung seiner Leistungsfähigkeit ist das nächste Ziel, das wir erstreben müssen. Alles andere sind Sorgen, die wir ruhig einer späteren Zeit überlassen können.

Mit dieser auf das Erreichbare gerichteten Politik werden sich ohne Zweifel die Scharmacher auf beiden Seiten der Arbeiterklasse nicht einverstanden erklären. Die Scharmacher in den Reihen der Unternehmer und der rückwärtigen Politiker sehen schon längst mit scheelen Augen auf die moralischen Eroberungen der deutschen Arbeiter und sie sind bereits eifrig darauf aus, alles zu bekämpfen, was darauf hinausläuft, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Bevölkerungsklassen aus der Theorie in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie können und wollen sich nun einmal nicht daran gewöhnen, daß die Arbeiterklasse nicht mehr das Äußerste sein soll, das sie früher war, und sie sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Forderungen der Neuzeit. In diesem Widerstande werden sie leider aus dem wirksamsten unter-tücht durch die Scharmacher in den Reihen der Arbeiter. Es gibt bei uns Leute, die mit dem Kopfe durch die Wand rennen wollen, was sie mit dem Namen „revolutionäre Energie“ bezeichnen. Mit einem Wächeln überlegener Verachtung bilden sie herab auf die Tätigkeit und die Erfolge der Gewerkschaften und jedesmal, wenn sie auf eine Neuerung kapitalistischer Scharmacher-tums stoßen, suchen sie daraus die Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit zu erweisen. Sie erblicken das Heil der Arbeiterklasse nicht in der ausdauernden Organisations-tätigkeit, die sie gering-schätzen, sondern in den Massenaktionen, gerade als ob es so leicht sei, die unorganisierte Masse zu Aktionen von dauerndem Erfolg zu bewegen.

Die Möglichkeit, auf dem Weltmarkt Erfolge zu erringen, hängt zweifellos von der Art und Weise ab, wie sich unser Wirtschaftsleben im Innern Deutschlands gestalten wird. Nur ein starkes, innerlich gekämpftes Volk kann sich seinen Platz an der Sonne erobern, und da die Stärke eines Volkes im wesentlichen auf der Leistungsfähigkeit seiner Arbeiterklasse beruht, so kommt es darauf an, daß das deutsche Proletariat wirtschaftlich und geistig auf der Höhe ist. Darum muß alle Mühe und aller Fleiß darauf verwendet werden, die Lebenshaltung der Unter-tanen zu verbessern. Auf der einen Seite muß mit peinlicher Sorgfalt alles vermieden werden, was eine Vermehrung der Lasten im Gefolge hat, die bereits jetzt auf ihren Schultern ruhen. Es muß ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den Bedürfnissen der Volksmassen und den hohen Lebensmittelpreisen, wenn nicht unser Volk an seiner Gesundheit und Kraft unersetzbaren Schaden erleiden soll. Auf der andern Seite ist es erforderlich, daß durch gute Lohn- und Arbeitsbedingungen das Wohl der Proletarier gefördert wird. Die Zeiten sind endgültig vorüber, wo das Wohlergehen der besitzenden Klasse für den Kulturgrad eines Volkes maßgebend war. Heute kommt es darauf an, wie die Masse des Volkes lebt und wie weit die Masse eines Volkes an den Kulturgütern teil-nimmt. Künftig wird das Volk die geistig führende Stellung einnehmen, dessen Arbeiterschaft am höchsten steht. Dies muß um so mehr betont werden, weil es in kapitalistischen Kreisen Leute gibt, die mit einer verblendeten Arbeiter-schaft den Wirtschaftskrieg siegreich führen wollen. Sie empfehlen die Heranziehung schlechtbezahlter ausländischer Arbeitskräfte und sie treten für die Beschäftigung von Frauen und Mädchen zu niedrigen Löhnen ein, um auf diese Weise, nach dem Grundsatze: Billig und schlecht! die fremden Waren vom Weltmarkt zu verdrängen. Diese Berechnung ist völlig falsch, denn wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt, kann nur das Volk im internationalen Wettbewerb bestehen, das eine hochstehende Arbeiterschaft besitzt. Niedrig stehende Völker mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen können den Engländern und den Nordamerikanern keinen erfolgreichen Abbruch tun. Auch heute noch trifft das Wort zu, das der englische Staatsmann Macaulay vor 75 Jahren geprägt hat: „Sollte England jemals seine Vormacht auf dem Weltmarkt verlieren, so wird es verdrängt werden durch ein Volk, das seine Arbeiter besser bezahlt und kürzere Zeit arbeiten läßt, als wir.“

Gesamtheit wird dieser Grundsatze die Wirtschaft unserer wirt-schaftlichen Tätigkeit bilden. Sollten aber die maßgebenden Schichten verblendet genug sein, eine entgegengelegte Wirtschaftspolitik einzuschlagen, so wird die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Kampf im Innern mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit aufzunehmen. Daß dies unsern Kampf auf dem Weltmarkt nicht förderlich sein wird, leuchtet ohne weiteres ein, die deutsche Arbeiterklasse lehnt aber jegliche Verantwortung dafür ab.

Das Genossenschaftswesen.

Die Grobhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, die im Juni ihre diesjährige General-versammlung abhält, hat bereits ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1915 ausgegeben. Neben den jährlich mitgeteilten Zahlen über den Umsatz (1915: 152 858 636 M., 1914: 137 524 040 M.) und die Eigenherzeugung (1915: 19 026 962 M., 1914: 10 475 273 M.) können nun auch noch weitere Einzelheiten, besonders die Aufzählungen über das Geschäft selbst, mitgeteilt werden. Nach der Gesamt-rechnung vom 31. Dezember 1915 beträgt der Reingewinn 1 750 101 M. gegenüber 2 174 358 M. im Vorjahr. Dagegen betragen auch die Abschreibungen ein „hübsches Stümchen“, nämlich auf Grundstücke und Gebäude 360 072 M. (bei einem vorhandenen Buchwert von 9 740 984 M.) und auf Einrichtungen, Maschinen und Beschönerungsanlagen 880 045 M. (bei einem Buchwert von 1 638 570 M.), zusammen also nicht weniger als 1 240 117 M. Abschreibungen an wirklichen Werten! Zeigt schon dieser Posten, daß die Gesellschaft großzügig und sorgfältig arbeitet, so ist sie diesem Grundsatze auch bei dem Vorstoß zur Beschaffung von

Freugeblieben. Wie immer in den letzten Jahren erhalten die Konsumvereine, die die Anteilhaber der Gesellschaft bilden, nur die kleinere Hälfte des Reingewinns mit zusammen 792 786 M für Zinsen (310 161 M) und Dividende (582 625 M), während der größere Teil mit 966 313 M auf die Reserve- und Dispositionsfonds (719 576 M), Unterhaltungs- und Pensionsfonds (246 739 M) entfällt. Wie schon kürzlich mitgeteilt, erfahren die Mitglieder dadurch eine neue gewaltige Steigerung auf über 11 Millionen Mark bei einem Stammkapital von 6 Millionen! Das sind Tatsachen, die sich sehen lassen können.

Wenn trotzdem die Gesellschaft „nie Geld genug“ hat, so erklärt sich dies aus der riesenhaften Entwicklung auf dem Gebiete der Eigenerzeugung, was schon daraus hervorgeht, daß das Grundstücks- und Gebäudekonto auf rund 10 Millionen Mark steht, das Maschinenkonto auf 1 1/2 Millionen. Fügt man dann noch ins Auge, daß durch die Lehren des Kriegs die Großverkaufs-Gesellschaft geradezu genötigt ist, an weitere Erzeugungszweige (Mühlen, Marmelade, Schuhfabrik) heranzutreten, so kann man sich ein nie ganz zu befriedigendes Geldbedürfnis vorstellen, das allerdings einer finanziell ebenso nützlichen wie volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Aufgabe „geschuldet“ ist. Nur daraus läßt sich auch erklären, daß die Gesellschaft vor wenigen Monaten, also mitten im Kriege und ohne Rücksicht auf die Finanzprognose des Geldmarktes des ganzen deutschen Volkes durch drei Kriegsanleihen, eine zweite Obligationen-anleihe von 5 Millionen Mark veranfaßte, von der nahezu 4 Millionen Mark bereits gezeichnet sind. Man kann also damit rechnen, daß von der Leitung der Großverkaufs-Gesellschaft die Erfahrungen des Kriegs über den Wert der Eigenerzeugung in der Errichtung weiterer Betriebe ausgenützt werden, wofür am Schluß des Geschäftsberichts ein sehr klarer Hinweis enthalten ist. Der Mehrumsatz von rund 8 Millionen Mark in den Eigenbetrieben der Gesellschaft (bei einem Umlaufumsatz von 4 1/2 Millionen im Warengeschäft überhaupt) beweist der Geschäftsführung, daß die genossenschaftliche Organisation dort, wo sie sich in weitgehendem Maße von der privatkapitalistischen Fesseln freigemacht hat, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, die überhaupt nur denkbar sind, noch Erfolge zu erzielen vermag. — Stärkung des Eigenkapitals und der Eigenproduktion — das muß noch weit energischer als bisher Lösung und Feldgeschrei der deutschen Genossenschaftler werden. Das wird richtig sein.

Uebrigens ist für den Rückgang des Warenumsatzes um 4 665 405 M eine durchaus annehmbare Erklärung im Bericht vorhanden, indem festgestellt ist, daß nicht weniger als 32 1/2 Millionen Mark Wenigerumsatz an Waren zu verzeichnen ist, die durch reichsbehördliche Lebensmittelzentralen vertrieben worden sind. Daneben fehlt auch noch der ganze Handel an Auslandswaren, so daß im Grunde genommen für die von der Großverkaufs-Gesellschaft noch betriebenen Warengattungen eine sehr starke Zunahme herauszurechnen ist und wofür die Steigerung der Eigenerzeugung um 8 Millionen Mark nur einen Teil der Erklärung bietet.

Es kann also im ganzen von einem durchaus günstigen Geschäftsergebnis gesprochen werden, was umso höher zu veranschlagen ist, als das zweite und volle Kriegsjahr 1915 dies eigentlich nicht erwarten ließ. Denn „Kriegsindustrie“ besitzt die Großverkaufs-Gesellschaft nur in ihren Zigarettenfabriken, die allerdings Hochgeschäftsgegenstände hatten. Der Umsatz der drei Zigarettenfabriken belief sich auf 2 966 240 M gegen 2 533 092 M im Vorjahr, wobei jedoch für Speziallieferungen nur 167 471 M eingesetzt sind. Die Seifenfabrik Gröba i. S. und Düsseldorf hatten einen Umsatz von 12 363 005 M gegen 6 568 527 M im Vorjahr, was ein Mehr von 5 794 478 M ergibt — eine sehr starke „kulturelle“ Aufwärtsbewegung! Diese „Aufwärtsbewegung“ ist doch wohl in der Hauptsache auf die Steigerung der Seifenpreise infolge veränderter Rohstoffe zurückzuführen. (Schriftleitung.) Auch das Bankgeschäft als die dritte Hauptabteilung des Unternehmens hat verhältnismäßig gut abgefahren, was der Geldverkehr überhaupt anbelangt. Denn es betragen die Giroumsätze im „Debit“ 215 018 162 M gegen 201 181 269 M im Vorjahr, im „Kredit“ 205 954 056 M gegen 209 318 353 M. Der Stand der Bankanlagen am 31. Dezember 1915 betrug 22 735 647 M gegen 20 038 171 M im Vorjahr, wobei darauf hingewiesen wird, daß der Anteil der Gewerkschaften aus nahegelegenen Gründen verhältnismäßig gering war. Die Einlagen summieren fast ganz von den Konsumvereinen selbst. Welche große Bedeutung der Postfachverkehr für eine solche Unternehmung wie die Großverkaufs-Gesellschaft geht daraus hervor, daß der Eingang auf Postkonten 168 046 352 M betrug gegen 149 299 391 M im Jahr 1914; mithin ein Mehr von 18 746 960 M. Die Postgebühren allein betragen 32 006 M. Die Anstellung für den Postfachverkehr zeigt jedenfalls am deutlichsten, daß der alle Verhältnisse „zerstrende“ Krieg an der Entwicklung der Großverkaufs-Gesellschaft gar nichts geändert oder verschlimmert hat.

Schließlich darf auch diesmal nicht unerwähnt bleiben, daß die Gesellschaft trotz des Widerstandes in ihren sozialen Leistungen mit der übrigen geschäftlichen Entwicklung Schritt gehalten hat. Sie bezahlte an freiwilligen Leistungen zugunsten ihrer Beschäftigten 182 278 M, außerdem für die Kriegsjahresfürsorge (Familienunterstützung, Kriegsverwundeten, Soldatenfürsorge usw.) 382 716 M, so daß sich eine Gesamtsumme von 564 994 M an sozialen Leistungen ergibt, die sich also in beinahe gleicher Höhe bewegen wie die Dividende von 582 625 M an Konsumvereine (Anteilhaber)! Eine weitere Betrachtung hierüber ist jedenfalls überflüssig. Aber angehängt dieser Liste darf wohl der Gedanke geäußert werden, daß man bei Auseinandersetzungen in einem Teil unserer Gewerkschaften über die Arbeitsverhältnisse bei der Großverkaufs-Gesellschaft, die unpolare gründergünstige Verhältnisse entstanden sind und naturgemäß auch fernerhin entstehen können, solchen Dingen wohl etwas mehr Rechnung tragen darf als es bisher geschehen ist. Dieser Gedanke betrifft natürlich weniger die tatsächliche als die formelle Seite der Auseinandersetzungen, bei denen der Lohn die Hauptrolle spielt und — unzulässige Schlichtung spielt.

Aus dem Kriegsausgleich für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Bei der Firma E. & S. wünschenswert die Aufhebung ihrer Betriebe einbringen und gegenwärtigen Lohnes. Die Arbeiter arbeiten auf Hochgeschwindigkeit. Der Verdienst ist sehr unregelmäßig und beträgt zwischen 82 S und 138 S die Stunde, durchschnittlich 1,20 bis 1,30 M. Der große Unterschied liegt hauptsächlich bei den einzelnen Arbeitstagen für die einzelnen Tage der Woche. Die Arbeiter wünschenswert eine Aufhebung, wofür es möglich ist, daß die gesamten Arbeiter mindestens 1,50 M die Stunde verdienen. Die Firma ist bereit, einen Ausgleich zu schaffen, aber nicht in der Weise, wie die Arbeiter dies wünschenswert. Der Kriegsausgleich ist der Meinung, daß eine Aufhebung der Betriebe, besonders in den letzten Stufen, durchaus angebracht ist. Die Firma erklärt, daß sie die Betriebe aufheben wolle. Es wurde dazu eine lange Zeit, um die einzelnen Betriebe durchzuführen und die Arbeiter zu machen. Es wird eine Verständigung dahin getroffen, daß die Betriebe zunächst noch einmal im Betrieb verbleiben, während die Firma ihre Betriebe umzugewandelt ist. Die Firma

zugekauften Aufschläge auf die Marktpreise sollen in der Weise zur Auszahlung gelangen, daß sie bereits vom Tage der Verhandlung vor dem Kriegsausgleich an rechnen. Damit wird verhindert, daß die Arbeiter aus der Verzögerung einen Nachteil haben.

Die Firma P. hat den Schlosser Sch. eingestellt, und zwar für eine bestimmte Arbeit, und, wie der Schlosser angab, mit dem Versprechen eines Verdienstes von 12 bis 15 M den Tag. Der Schlosser hat aber nun die Arbeit, für die er eingestellt ist, gar nicht bekommen, sondern andere, bei der er viel weniger verdient. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß dem Schlosser Sch. der Kriegsausgleich erteilt wird.

Bei derselben Firma ist der Schmied B. beschäftigt. Er will aufhören, weil er wegen Krankheit eine Beschäftigung suchen muß, bei der er nicht in einem geschlossenen Raum, sondern unter freiem Himmel arbeiten kann. Da B. angibt, daß er diese Anweisung von einem Arzt hat, wird ihm aufgegeben, hierüber ein Zeugnis beizubringen; wenn er dieses beibringt, soll er den Kriegsausgleich erhalten.

Bei der Firma E. & S. will der Schmied G. nicht weiterarbeiten, weil ihm nach seiner Angabe die Arbeit zu schwer ist. Bei der Auseinandersetzung ergibt sich, daß die Arbeit keine andere ist, wie sie im allgemeinen für Schmiede üblich ist. Da der Verdienst nicht beanstandet wird, auch sonst kein Anlaß zur Klage vorliegt, wird der Anspruch auf Erteilung eines Kriegsausgleichs abgelehnt.

Der Werkzeugmacher Th. will bei der Firma St. & Co. aufhören. Als Grund gibt er an, er wolle sich mal verändern. Mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen Zeit kein Grund zur Erteilung eines Kriegsausgleichs ist, Th. auch irgendwelche weiteren Gründe nicht hat, wird die Erteilung eines Kriegsausgleichs abgelehnt.

Bei der Firma B. will der Hilfsarbeiter D. aufhören. D. ist 18 Jahre alt und hat einen Stundenverdienst von 62 1/2 S. D. möchte gern an eine Maschine gestellt werden. Der Vertreter der Firma B. erklärt jedoch, daß zurzeit keine Maschine frei ist und schließlich doch auch die Firma ihre Hilfsarbeiten erledigen müsse. Es wird D. in Aussicht gestellt, sobald die Umstände es gestatten, an eine Maschine zu kommen. Die Erteilung eines Kriegsausgleichs wird abgelehnt.

Bei derselben Firma wollte der Hilfsarbeiter M. aufhören, weil ihm seine Arbeit zu schwer ist. Er erhält als Hilfsarbeiter 70 S die Stunde. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß M. in eine andere Abteilung, wo leichtere Arbeit ist, versetzt wird; damit ist die Angelegenheit erledigt.

Von der Firma St. erscheint der Maler R. Da die Firma nicht erscheint, wird dem Maler sofort der Schein erteilt.

Der Schlosser O. (17 Jahre alt) ist bei der Firma S. & J. beschäftigt, er hat am 1. April dieses Jahres ausgetreten. O. verdient bei der Arbeit, die seinen Kollegen einen Verdienst von 1,20 bis 1,25 M die Stunde ermöglicht, 75 S die Stunde. O. ist also noch nicht genügend eingearbeitet, und da es nicht schuld der Firma ist, wenn in diesem Fall so wenig verdient wird, kann der Kriegsausgleich sich dem Verlangen des Schlossers nicht anschließen, er lehnt die Erteilung des Kriegsausgleichs ab.

Bei der Firma T. G. ist der Arbeiter N. beschäftigt. Er will aufhören, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. N. ist 16 Jahre alt und hat die Stunde 63 S Lohn. Da seine Beschwerde augenscheinlich berechtigt ist, wird ihm der Kriegsausgleich erteilt.

Der Dreher Sch. bei der Firma St. will sich verändern, weil er glaubt, beim Anordnen gegen seine Kollegen zurückgesetzt zu werden. Die Firma erklärt, daß sie gar nicht daran denkt, den Dreher Sch. irgendwie zurückzusetzen, er arbeite unter den gleichen Bedingungen, wie die übrigen Dreher. Bestimmte einzelne Angaben kann Sch. nicht machen, es ist deshalb nicht möglich, die Berechtigung seiner Beschwerden anzuerkennen. Wenn Sch. den Nachweis bringt, daß er gegen die anderen Dreher zurückgesetzt wird, würde seine Beschwerde nochmals zu prüfen sein. Zunächst wird die Erteilung eines Kriegsausgleichs abgelehnt.

Der Dreher R. ist in einem Spandauer Glanzbetrieb beschäftigt und will aufhören, weil er die Nacharbeit nicht verrichten kann. Ein dementsprechendes ärztliches Zeugnis ist eingereicht. Daraufhin erklärt sich der Vertreter des Betriebes bereit, dem Dreher den Kriegsausgleich auszusprechen.

Der Dreher S. von der Firma D. möchte aufhören, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. Auch eine Reihe anderer Umstände werden vorgebracht, die ihn veranlassen haben, seine Entlassung zu fordern. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß der Dreher S. innerhalb 14 Tagen andere Arbeit bekommt, womit er sich auch zufrieden gibt.

Der Dreher H. von der Firma St. will aufhören, weil sein Arbeitsplatz im Keller liegt und der Verdienst ihm nicht genügt. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß H. 10 S Zulage erhält und nicht mehr im Keller zu arbeiten braucht.

Der Hobler F. bei der Firma M. G. will aufhören, weil er als Hobler vom Meister veranlaßt werden sollte, Bohrarbeiten zu machen und als er sich weigerte, mit 50 S bestraft wurde. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß St. mit als Hobler und nicht als Bohrer zu arbeiten braucht.

Von der Firma B. erschienen die Maschinenarbeiter R. und J. und verlangen den Kriegsausgleich. J. ist vom Meister beleidigt worden und hat zu wenig verdient. Wegen des Verdienstes wird eine Verständigung erzielt, wonach der Anspruch von R. als berechtigt erklärt wird und eine Regelung erfolgt. Die Beleidigung, die J. vom Meister erfahren hat, wird vom Kriegsausgleich als ungebührlich erklärt und dem Vertreter der Firma aufgegeben, dies dem Meister zu sagen. Im übrigen erklären sich sowohl R. und J. bereit, bei der Firma weiterzuarbeiten.

Bei der Firma P. A. will der Dreher D. aufhören, weil er meint, daß ein Anordnen, der durch Veränderung der Arbeitsverfahren von der Firma gemacht wurde, ungebührlich ist. Nach Aussprache wird eine Verständigung dahin erzielt, daß der Streitpunkt im Betrieb durch Verhandlungen erledigt werden soll. Damit war ein Beschluß über die Erteilung eines Kriegsausgleichs unnötig.

Unser Verband in der 93. Kriegswoche

In nachfolgender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 93. Kriegswoche dargestellt.

Das erhaltene Material sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungen: Neustadt i. S., Strödel, Langermünde, Retzer, Dören, Gummersbach, Pleßberg, Friedrichshagen, Lörach, Oberdorf, Zwickau und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1916.

Wochentag	Neu- erwerbte Mitglieder	Ab- getretene Mitglieder	Stil- lgelegte Mitglieder	Damen anz. für ein Wochen- lohn	Stil- lgelegte Damen	Stil- lgelegte an Schiffe der Berge	Damen arbeits- los	Stil- lgelegt von Damen	Ausgaben für Arbeits- losen- versicherung
1.	36	—	5229	96	29	5943	22	0,5	127
2.	30	—	4361	102	36	4809	21	0,4	150
3.	32	—	7505	60	49	7405	24	0,3	94
4.	52	1	24767	489	306	34278	197	0,6	692
5.	51	2	59455	267	222	59233	76	0,3	412
6.	42	1	28527	338	203	28139	23	0,1	116
7.	34	3	23409	323	161	23086	30	0,1	235
8.	28	—	10117	124	72	9933	30	0,8	349
9.	47	4	16309	205	123	16004	762	4,6	327
10.	39	1	19347	123	57	19224	488	2,5	2190
11.	1	—	1847	89	69	51788	487	0,9	1798
34.	422	12	220063	2336	1561	229737	2220	1,0	6485

In der Berichtswochen fanden (außer Berlin) 1498 Aufnahmen statt, gegen 1247 in der Vorwoche. 1561 Mitglieder wurden zum Kriegsausgleich erklärt, 619 waren für Arbeitslos.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2220, gegen 2245 in der Vorwoche, gleich 1,0 v. H. der Mitgliederzahl in beiden Wochen. Kranke waren 8667 oder 1,5 v. H. der Mitgliederzahl gemeldet gegen 8452 oder 1,6 v. H. in der vorhergehenden Woche. Die bezahlte Krankenunterstützung betrug 10744 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geordnete Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 4. Juni der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Juni 1916 fällig ist.

Den Verwaltungen geben wir hiermit bekannt, daß wir zur bequemeren und kostlosen Eingahlung der am Orte überhörsigen Verbandsgelder ein Postkonten unter Nr. 6803 eröffnen haben. Die Zahlarten, zur Verwendung für diese Einrichtung, werden bereits in den Händen der Verwaltungen sein, die bisher die Verbandsgelder durch Postanweisungen eingesandt haben. Sollten solche Verwaltungen beim Versand des betreffenden Materials übersehen worden sein, dann ersuchen wir diese, uns zu benachrichtigen, um das Verkaupte nachholen zu können. Alle Verwaltungen, die sich des Bankverkehrs bedienen, bleiben von dieser Einrichtung unberührt und überweisen die nicht am Orte benötigten Verbandsgelder nach wie vor an unsere Bankhäuser.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rätestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinigt ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Bremen. Auf den hiesigen Atlas-Werken scheint augenblicklich ein sehr scharfer Wind zu wehen. Die Gelben wühlert wie nie zuvor, weil sie glauben, ihre Stellung bald ganz zu verlieren. Für den Betrieb haben sie ja allerlei, für die Arbeiter aber nicht das geringste geleistet. Eine große Tafel des Werkereins, die am Eingang angebracht ist, weist darauf hin, daß trotz großer Zeit hier vom Burgfrieden keine Rede sein kann. Die angebrachte Tafel — die sich natürlich nur der Werkereins erlauben darf — weist darauf hin, daß der Werkereins das schöne Mädchen für alles ist. Der Gesangereins „Galbe Lunge“ soll den Kohl besonders fett machen. Wir hatten vor einiger Zeit einmal im Vorbeigehen Gelegenheit, den Verein kräftig zu hören. Wir haben dabei die schönen Nieder bebauert, die mit je ein paar Mann verpflanzt wurden. Da schien am Treten mehr Konfusse zu herrschen, als man bei der großen Rede Bernack dem „Pfannensplinder“ ertönen ließ. Damit das Treten früh genug ergrübt wird, hat der Werkereins auch einen Fußballklub eingerichtet. Wenn es bei dieser Arbeit dann Hunger gibt, dann muß die Sülze herhalten. Was das ein Leben: der Werkereins, dem die Herringe zu teuer geworden waren, wollte nun mit der Sülze alles wieder gut machen. — Die Wose für 2,40 M! Na, dann die Büchsen aufgemacht wurden und die Sülze verzehrt werden sollte, hat man fürchtbar lange und schiefe Gesichter beobachtet. Verschiedene Arbeiter sollen freilich „Baudgrimmern“ bekommen haben; aber nicht von den Streitigkeiten, sondern von den dicken Sehnen, den Kalbäusen, Gurken usw. Was würde wohl der Obermaat Weidemann sagen, wenn sich die Mitglieder der Gewerkschaften solche Spässe erlauben? — Eine Eingabe, die die Gewerkschaften aus Grund der Verhältnisse machten, wurde dahin beantwortet, daß solche Fragen mit den Arbeitern unmittelbar erledigt würden. Nur sollte man dann auch Wort halten. Es ist noch nicht allzulange her, daß man mit einer Kommission der Arbeiter ganz anders umsprang, als in dem Schreiben angedeutet wurde. Klagen der Arbeiter über Anordnungen sind nach Ansicht der Direktion immer unbegründet. Dabei gibt man weder dem Arbeiterauschuss noch den Gewerkschaftsverwaltungen Gelegenheit, die Klagen zu begründen. Daß Anordnungen überhaupt nicht gefügt würden, das zu hören, war uns neu, da wir gar oft aus den verschiedensten Abteilungen bittere Klagen über Anordnungen gehört haben. Es ist jetzt Sache der Arbeiter die Beweise zu erbringen. — Am tollsten scheint es aber jetzt bei der Elektrizitätsgesellschaft Schiffsunion (früher Bergmann) herzugehen, die auf der Werkerwerft die elektrischen Einrichtungen der großen Kreuzer herstellt. Trotz hoher Gewinne bezahlt die Firma Löhne, die zu den schlechtesten an Orte gehören. Es erhalten Elektriker 55, 60, 65, höchstens 70 S, Schlosser ebenfalls nicht mehr. Man sollte das kaum für möglich halten. Da sich diese Arbeiter nicht in Anord ausführen lassen, läßt die Firma viele Ueberstunden machen, damit die Arbeiter etwas mehr Verdienst erhalten, um bei den teuren Zeiten wenigstens noch leben zu können. Schon seit geraumer Zeit werden jeden Abend zwei Ueberstunden gemacht und des Sonntags wurde bis 11 Uhr gearbeitet. Jetzt sollte noch Dienstags und Mittwochs bis 10 Uhr gearbeitet werden, ohne daß die Firma für Abendbrot sorgte. Es kam eben der Beschluß: bis 10 Uhr arbeiten, und damit basta. Darüber mit den Arbeitern zu verhandeln, das gibt es einfach nicht. Herr Biedemann und Herr Munde spielen hier die Herren im Hause. Wer sich erlaubt eher wezugehen hat die Folgen zu tragen, heißt es dann einfach. Daß die Arbeiter in der jetzigen Zeit nicht mehr verdienen und sich obendrein noch schlecht behandeln lassen müssen, liegt mit daran, weil sie selbst noch zu gleichgültig sind. Ein großer Teil dieser Arbeiter hat den hohen Wert einer strengen Organisation und des festen Zusammenhaltens noch nicht begriffen. Der Anfang zur Besserung ist bereits wieder gemacht. Aber es muß noch besser werden, dann werden auch diese Herren mit sich reden lassen müssen. Gerade die Elektrizitätswerte, darunter auch die Schiffsunion, haben gezeigt, was ein fester Zusammenschluß bedeutet. Mögen die Arbeiter auch hieraus die nötigen Lehren ziehen.

Werftarbeiter.

Küpingen. Durch Verfügung des Reichsmarineamts ist eine Aenderung oder Ergänzung der Verfügung vom 14. März 1915 über die Kriegsteuerzulagen an die Werftarbeiter und Arbeiterinnen eingetreten. Es werden nachfolgende Verbesserungen gebracht: Stillohnerarbeiter und -arbeiterinnen mit Familie erhalten eine Zulage von monatlich 2 S, mindestens jedoch 20 S täglich, solche ohne Familie (ledige) erhalten eine Zulage von 1 S monatlich, mindestens 10 S täglich. Diese Zulagen werden auch für die Arbeitszeit an Sonn- und Festtagen bis zur Höhe von 9 Stunden gezahlt. Ebenfalls werden für die Tage befristeter Krankheit und bestimmungsgemäßen, unter Fortzahlung des Lohnes gewährten Urlaubs, an familiäre Stillohner (Zeit- und Stillohnerarbeiter) auch für Sonn- und Festtage, die in die Zeit der Krankheit oder des Urlaubs fallen, täglich folgende Zulagen gewährt: Arbeiter mit Familie 50 S, alleinstehende Arbeiter 25 S, Arbeiterinnen mit Familie 30 S, alleinstehende Arbeiterinnen 15 S. Ferner erhalten alle verheirateten, verwitweten und geschiedenen Arbeiter und Arbeiterinnen, unabhängig davon, ob sie in Stillohnen oder in Zeitlohn arbeiten, für jedes Kind unter 15 Jahren, dessen Unterhaltungspflicht ihnen obliegt, eine tägliche Beihilfe von 10 S. Die Beihilfe ist auch für Sonn- und Festtage, an denen nicht gearbeitet wird, sowie für die Tage befristeter Krankheit und bestimmungsgemäßen Urlaubs zahlbar. Die Zahlung dieser Zulagen erfolgte von dem Beginn der Kriegswoche an, in die der 1. April fiel. So unannehmbar ist

Gewährung von Kinderzulagen in der Verfügung auch ist, so ist diese bei den verteuerten Verhältnissen doch völlig ungenügend. Die Zeitlohnempfänger haben außer der Kinderzulage seit Jahresfrist keine Erhöhung ihrer Kriegszulagen erhalten; die bisher gewährten 6 S für verheiratete und 3 S die Stunde für ledige Arbeiter bedürfen dringend einer Erhöhung. Ferner sind die unverteuerten Stücklohnarbeiter und Arbeiterinnen mit der Zulage von 1 S die Stunde durchwegs unzureichend bedacht worden. Diese neueste Verfügung über die Erweiterung der Zulagengewährung an die Werkarbeiter bringt, wie uns berichtet wird, eine Vermehrung der Arbeiter in den Wohnbüros und es findet sich heute gar mancher Arbeiter, der verschiedener Beschäftigungsarten (Zeit- und Stücklohn) ausgeübt ist, wohl kaum mehr zurecht, deshalb wäre eine Vereinfachung und Zusammenfassung der vielen Arten von Zulagen sehr am Platze. Auf einen Umstand möchten wir bei dieser Gelegenheit noch aufmerksam machen, der dringender Abhilfe bedarf. Es arbeiten vielfach eine größere Anzahl Arbeiter in langfristigen Akkorden. Der Akkordüberdienst wird ihnen jedoch erst nach Fertigstellung des Akkordes ausbezahlt. Während der ganzen Zeit, die oft viele Monate dauert, haben diese Arbeiter nur ihren Stundenlohn zu ihrem Unterhalt, der sich im Durchschnitt mit Ueberstunden auf 25 bis 30 M die Woche beläuft. Mit diesem Betrage ist es heute unmöglich auszukommen. Nun besteht zwar in der Arbeitsordnung eine Bestimmung, wonach die Akkordbeteiligten Abschlagszahlungen verlangen können; doch stoßen die Arbeiter bei diesem Verlangen bei den Werkstattobergeordneten und im Wohnbüro auf den größten Widerstand, was nach Lage der Verhältnisse in den Wohnbüros zwar zu verstehen ist, doch sollten die Arbeiter darunter nicht zu leiden haben.

Rundschau

Reichstag.

Die Beratungen über den Etat des Reichsamts des Innern, die sonst mit den Erörterungen über die Sozialpolitik den Höhepunkt der ganzen Etatdebatte zu bilden pflegten, waren diesmal durch den Personenwechsel im Amte des leitenden Staatssekretärs und durch den Umstand benachteiligt, daß die Aufmerksamkeit der meisten Volksvertreter durch ihre Arbeiten in einem der Steueraussschüsse sehr in Anspruch genommen wurden.

An Stelle des müden und verbrauchten ausgeschiedenen Ministers Delbrück ist nunmehr der bisherige Schatzsekretär Dr. Helfferich getreten, der in seiner Eigenschaft als Finanzmann erst vor kurzem berufen worden war, die schwierigen Fragen der Geldbeschaffung während des Kriegs und der Neuordnung des Reichshaushalts nach dem Kriege zu lösen. Es waren wenige freundliche und freundige Töne, die ihn in seinem neuen Amt begrüßten. Denn den meisten erschien es als eine gewisse Untreue, daß er sobald schon eine Aufgabe im Stich ließ, die einen ganzen Mann erfordert und deren glückliche Lösung sicherlich den prangenden Lorbeer des Siegers verdienen würde. Eine reine Freude ist das Amt, dem neben einer ungeheuren Fülle von laufenden Arbeiten nicht nur die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Umstellung unseres Volkes vom Krieg auf den Frieden, sondern auch die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zum Auslande obliegt, sicherlich nicht. Wir behalten uns vor, den Mann nach seinen Taten zu richten. Und so sprechen wir die Hoffnung aus, daß sich Dr. Helfferich von dem Ernst und der Größe seiner neuen Aufgabe tief durchdringen lasse: die Massen unseres Volkes, die in unerfährlicher Treue und Hingabe für die Aufrechterhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Wache halten, freudig ihr alles eingesetzt haben, um ihren Kindern und Kindeskindern das kostbare Gut nationaler Freiheit als Grundlage gesicherter Volkswohlfahrt zu erhalten, haben Anspruch auf eine Verbesserung unseres staatlichen Wesens an Haupt und Gliedern, auf eine Fürsorge, die mit rücksichtsloser Entschlossenheit und Zielklarheit alle Machtmittel der Gesamtheit in den Dienst der gewaltigen sozialpolitischen Zukunftsaufgaben stellt. Verlagt bei dem Frieden und nach dem Frieden der für den sozialpolitischen Kurs unseres Reichs verantwortliche Mann, dann kann aus seiner Schwäche das Verderben für unser Volk entstehen, selbst wenn es den Krieg siegreich beendeten hat.

An Helfferichs Stelle tritt der ebenfalls erst 1914 als Staatssekretär nach Straßburg geschickte Graf v. Roederen, von dem keine besondere fachmännische Signatur zu dem neuen Amt bekannt ist, sondern nur das eine, was unter Umständen viel mehr bedeuten kann: nämlich daß er als ein tüchtiger Mann gilt. An Gelegenheiten, diese Tüchtigkeit zu beweisen, wird es ihm nicht fehlen. Möge er diese Gelegenheiten anders nutzen als Herr Helfferich, bei dem wir nur schwere Enttäuschungen erlebt haben.

Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß an die Spitze des neuen Kriegsernährungsamts der Oberpräsident von Ostpreußen, Herr v. Batocki gerufen wurde, der sich mit einer Rede im Haushaltungsausschuß des Reichstags einführte und dabei bewies, daß er jedenfalls vom Bürokratismus nicht angekränkt ist. Er erklärte sofort, er werde erhebliche Geldmittel vom Reichstag erbitten, um den Gemeinden in ihrem Kampf gegen die Not der Kriegervfamilien und anderer Unbemittelter beizustehen. Die Unterstützung der Volkvertretung wird ihm gerade auf diesem Gebiet sicherlich nicht fehlen; wenn bisher die Unterstützung der Gemeinden ungenügend war, was vielfach zur Ausrede für Verweigerung notwendiger Hilfe gebient hat, so trägt allein die Reichsregierung daran Schuld, der alle Parteien wiederholt ein anderes Verfahren angetragen und Geldhilfe angefordert haben. Wenn wir jetzt in die fünfzigste Milliarde Mark Kriegsanleihe hineingehen, dann werden wirklich wohl 1000 Millionen Mark für eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Kinderbemittelten zu erschwingen sein, wobei allerdings Vorfrage getroffen werden muß, daß nicht dieses Geld, wie so vieles andere, auch noch in die unergänzlichen Taschen der Kriegsmacher verschwinde. Drei große Ursachen hat die schlimme Not, die auf unserm Volk lastet: 1. die Verschwendung Deutschlands durch die englische Flotte und durch die Heere des Bierverbandes; dann die furchtbare Missernte des Jahres 1915, die uns viele Millionen Tonnen Brotgetreide und Futtermittel weniger brachte, als wir im Durchschnitt zu ersten gewohnt waren; endlich die mangelhafte Organisation. An den beiden ersten Ursachen ist gar nichts oder zunächst gar nichts zu ändern. Es bleibt demnach im wesentlichen die Aufgabe des neuen Amtes, die Verteilung der vorhandenen Vorräte zu ordnen und für möglichst starke Erzeugung von Nahrungsmitteln zu sorgen. Nachdem man bisher auf dem Gebiet so ziemlich alle denkbaren Fehler gemacht hat, wird man hoffentlich endlich das Richtige finden und zu der Gewißheit der militärischen Unbesiegbarkeit Deutschlands auch die Gewähr verschaffen, daß unsere Feinde uns nicht aushungern können. Je rascher diese Erkenntnis bei uns und bei unseren Kriegsgegnern verbreitet wird, um so mehr wachsen die Aussichten auf baldigen Frieden. Nur dann können wir diesen erwarten, wenn man in London wie in Paris, in Petersburg wie in Rom eingesehen haben wird, daß man Deutschland weder zerstören noch strangulieren kann. Vieles deutet darauf hin, daß diese Erkenntnis auf dem Marsche ist. Aber wir dürfen uns dabei doch nicht verhehlen, daß die Menschen gar zu gern glauben, was sie wünschen — wir selbst machen von dieser Regel gewiß keine Ausnahme! Für die Macht-haber der Bierverbandstaaten ist der Ausgang des Kriegs auch zum Teil eine Frage des persönlichen Seins oder Nichtseins. Daß dadurch das Gefährnis einer Niederlage nicht erleichtert wird, liegt auf der Hand.

Aber leicht oder nicht — der Friede wird kommen, er wird bald kommen, weil er kommen muß. Viele wichtige Zeichen deuten darauf hin. Unter diesen Umständen wäre es von großer Bedeutung, die Zensur endlich auf das rein militärische eingeschränkt, damit die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele ungehindert vor sich gehen könnte. Es ist ungewiss, ob und auf welcher Weise ein verhängnisvoller Konflikt der Zusammenhänge internationaler Politik in den Krieg gegangen ist. Da sollte man es wenigstens vor dem Gesicht behüten, daß es beinahe ebenso unvorbereitet in den Frieden hineingezogen wird.

Neben den Zensurschmerzen wurden auch noch viele andere sozialpolitische Wünsche im Reichstag vorgetragen; so verlangte die sozialdemokratische Vertretung, um nur das Wichtigste zu nennen, eine durchgreifende Wohnungspolitik und eine zweckmäßige Gesundheitspflege. Die Regierung ließ das rechte Verständnis für die Wichtigkeit mancher dieser Dinge vermissen oder bat einfach um Vertagung der Angelegenheit. Das verdient Tadel und Widerspruch. Aber es geht selbstverständlich nicht an, daß man von dem Urteil über Einzelfragen die Haltung zur Kriegspolitik im ganzen abhängig macht. Das hieße einer taktischen Laune die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und vielleicht wichtige Kräfte des Landes zwecklos opfern.

Gewerkschaftliches.

Buchdrucker. Am 20. Mai feierte in einer der Zeit angemessenen Weise der Verband der deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer sein fünfzigjähriges Bestehen. Obgleich dieser Verband die älteste deutsche Gewerkschaft ist, muß man auch bei den Buchdruckern berücksichtigen, daß ihre Vereinigungsbestrebungen schon viel weiter zurückreichen. Wenn wir auch an dieser Stelle von den Vereinigungsbestrebungen zur Zeit der Zünfte absehen, so müssen wir doch zunächst die National-Buchdrucker-Versammlung erwähnen, die in den Pfingsttagen des Jahres 1848 in Mainz stattfand. In dieser nahmen aus 90 deutschen Städten Abgeordnete teil, die 10 000 Buchdrucker vertraten. Die Versammlung gründete den Deutschen National-Buchdrucker-Verein, der den Zweck hatte, das Wohl der Berufsangehörigen zu heben und zu sichern. Der Verein nahm rasch einen Aufschwung; auch traten ihm Unternehmer bei, die die Mainzer Beschlüsse für sich als bindend anerkannten. Die Mehrzahl der Unternehmer widersetzte sich jedoch seinen Bestrebungen, auch verlor unter den Gehilfen die Begeisterung schnell und es entstand sogar Zwietracht unter ihnen. Ein neuer Versuch, die Gehilfen zusammenzubringen, war die am 30. September 1849 in Berlin erfolgte Gründung des Gutenbergbundes. Dieser wurde jedoch nach noch nicht einjährigem Bestehen von den Behörden geschlossen. Nur da und dort bestanden örtliche Unterstützungskassen und Vereine weiter.

Der im Jahre 1862 kurz nach dem Inkrafttreten des sächsischen Gewerbegesetzes gegründete Fortbildungsverein für Buchdrucker zu Leipzig ist als unmittelbarer Vorläufer des Verbandes der deutschen Buchdrucker zu betrachten. Am 20. Mai des Jahres 1866 fand in Leipzig ein Buchdrucker-Tage statt, zu dem etwa 4000 Gehilfen 34 Vertreter entsandt hatten. Leiter war Richard Härtel, der Vorsitzende des Leipziger Fortbildungsvereins. Beschlossen wurde die Errichtung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes. Dieser trat im Jahre 1867 mit 4960 Mitgliedern in 350 Druckorten in Wirkksamkeit. Die Arbeitsverhältnisse der Buchdrucker waren damals sehr schlecht. Um die Mitte des Jahres 1868 setzte die Bewegung zur Abschaffung der noch allgemein üblichen Sonntagsarbeit ein, die guten Erfolg brachte. An vielen Druckorten stellten die Gehilfen Lohnforderungen. Dadurch sah die Verbandsleitung sich veranlaßt, die Schaffung eines Normaltarifs anzugehen. Bekanntlich bildet dieser und sein weiterer Ausbau neben einem gründlich durchgeführten Unterstützungswesen den Hauptinhalt der Tätigkeit des Buchdruckerverbandes. Er mußte hart um ihn kämpfen. Das Wort Schlarfamerie kannte man damals noch nicht; die Unternehmer verstanden sie aber schon zu üben. Von 6900 Gehilfen wurden 2000 in 300 Druckorten ausgesperrt. Die Opferwilligkeit der Gehilfen bewährte sich, bis die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärten und im Mai 1873 wurde der erste Normaltarif für das Buchdrucker-gewerbe abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden festgesetzt. Von weiteren Kämpfen können wir hier nur den großen Neunhundertkampf in den Jahren 1891 und 92 nennen. Es gelang nicht, einen allgemeinen Erfolg zu erzielen. Nach eifrigem Kampfe mußte dieser abgebrochen werden. Die Tarifgemeinschaft wurde aufgelöst und obgleich der alte Tarif noch für gültig erklärt wurde, verschlechterten sich in den folgenden Jahren die Arbeitsbedingungen und es riß eine maßlose Begehrlust die ein. Im Jahre 1896 kam es zum Abschluß eines neuen Tarifs. Dieser war sehr gründlich durchgearbeitet und brachte den Gehilfen wesentliche Verbesserungen. Wichtig waren die für viele Druckorte festgesetzten Zuschläge zu den „Grundpositionen“ des Tarifs. Besonders wertvoll war ferner die Verpflichtung der Unternehmer, ebenfalls für die Durchführung des Tarifs zu wirken. Auch wurde ein besonderes, von beiden Vertragsparteien gleichmäßig befestigtes Tarifamt errichtet. Unwillen erregte bei einem Teile der Gehilfen die Abschaffung auf fünf Jahre. Man fürchtete damals, daß dadurch fünf Jahre die Bestrebungen jedes einzelnen nach höherem Lohne lahmgelegt würden. Im Jahre 1896 bestand erst für wenige Verufe tarifliche Abmachungen; nur die Buchdrucker hatten einen Reichstarif. In vielen Verufen wollte die Mehrheit der Arbeiter überhaupt nichts vom Tarifwesen wissen. Daß dies sich geändert hat, ist in der Hauptsache dem vorbildlichen Wirken der Buchdrucker zuzuschreiben. Damals standen sich in der Hauptsache zwei Anschauungen gegenüber. Die eine hielt das Tarifwesen für wertlos oder höchstens für einige wenige Verufe zweckmäßig, die andere glaubte, durch Tarife die soziale Frage lösen zu können. Die Zeit hat gelehrt, daß beide unrichtig hatten. Das Tarifwesen ist auf viele Verufe ausgebeht worden und wo dies noch nicht gescheh, liegt es nur daran, daß die betreffenden Arbeiter noch nicht die Macht dazu haben. Ferner löst der Abschluß eines Tarifs noch nicht die soziale Frage, aber er ist immerhin ein nicht zu verachtender Fortschritt.

Weiter wurde vielfach auf den Buchdruckerverband bezug genommen, wenn es sich um den Ausbau des Unterstützungswesens handelte, besonders, als der Streit um den Wert der Arbeitslosenunterstützung tobte, was in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts der Fall war. Man kann dies unter anderem in den Protokollen unserer Verbandstage und in den älteren Jahrgängen der Metallarbeiter-Zeitung nachlesen.

Die Buchdrucker gehörten auch zu den Ersten, die den Wert internationaler Verbindungen erkannten. Zur Zeit des Kriegsabbruchs gehörten dem Buchdruckerverband 7042 Mitglieder an — 92 Hundertstel aller Berufsangehörigen. Jetzt sind etwa 42 000 zum Exere eingetücht, davon sind über 3000 gefallen. Vom 2. August 1914 bis zum 31. März 1916 zahlte der Verband 6 916 204 M Unterstützungen aus.

Der bei den Buchdruckern besonders rege Organisationsgeist hat ebenfalls zur Folge, daß der Verband viele alte Mitglieder in seinen Reihen hat. 7188 Mitglieder gehören ihm schon 25, 20, 40 oder 50 Jahre an. Von den 120 Mitgliedern, die schon auf eine 50 jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken können, gehörten 73 bereits vor der Gründung örtlichen Vereinigungen an.

Auch des Buchdruckerverbandes hatten noch schwere Aufgaben. Die Folgen des Kriegs werden auch auf seinen Mitgliedern in derselben Weise lasten wie auf allen anderen Arbeitern. Ohne Zweifel darf man annehmen, daß ihr Verband sich ihrer mit allem Nachdruck annehmen wird. Hoffen wir, daß sich diese Tätigkeit auch dem Wohle der gesamten deutschen Arbeiterschaft als förderlich erweise. In diesem Sinne entbieten wir den deutschen Buchdruckern unsere Glückwünsche zur Jubelfeier ihres Verbandes.

Frauen für Luthammer.

Der Generalanzeiger in Düsseldorf brachte am 9. Mai folgende Anzeige:

2 Frauen für Riemen mit Luthammer für mittelschwere Arbeit gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

„Mittelschwere Arbeit“! Damit ist wahrscheinlich solche gemeint, die auch für einen Mann schon ziemlich schwer ist. Die Männer haben sich vergeblich gegen die Luthammer mit ihren Geblättern und nervenzerüttenden Folgen gewehrt. Nun sollen auch Frauen mit solchen Werkzeugen arbeiten. Wenn irgend etwas für schnelle Wiederherstellung der Schutzbestimmungen für Frauen spricht, so diese Anzeige im Düsseldorf Generalanzeiger.

Die Betriebskrankenkasse der Firma Krupp

beröffentlicht ihren Jahresbericht für 1915. Einige Zahlen daraus dürften allgemeiner Aufmerksamkeit begegnen.

Die Mitgliederzahl betrug am

1. August . . .	1914 = 38121, davon 1241 weibliche,
31. Dezember . . .	1914 = 49325, „ 1666
31. Dezember . . .	1915 = 65619, „ 10928
1. April . . .	1916 = 68972, „ 13028

Bis 1914 kamen als weibliche Mitglieder nur Verkäuferinnen (in den Konsumanstalten) und Bugfrauen in Betracht, die seitdem erfolgte Zunahme ist völlig auf die Tätigkeit im eigentlichen Fabrikbetrieb zu setzen.

Die Klassenverhältnisse sind außergewöhnlich gute. Die Beiträge (45 v. S. bei einem Grundlohn von 6 M) betragen für jedes Mitglied im Jahresdurchschnitt 1915 = 70,81 M gegen 69,89 M 1914, 62,54 M 1913 und 62,03 M 1912. Der Reinüberfluß betrug 1 213 083 M. (1914 499 761 M., 1913 246 203 M., 1912 172 524 M.) Die Rücklage, deren Mindesthöhe 1916 2 549 932 M beträgt, erreichte die Summe von 3 694 399 M.

Die Krankenzahlen standen bei Krupp seit vielen Jahren weit über dem Durchschnitt der Rassen im Reich. Für das Jahr 1915 erschienen sie etwas günstiger, aber dieser Schein kann nur Uneingeweihte täuschen. Es kamen Erkrankungsfälle auf 100 Mitglieder:

1915	1914	1913	1912
63,55	61,91	63,04	64,5
(62,81 männliche 76,60 weibliche)	(62,59 männliche 41,68 weibliche)		

Die durchschnittliche Krankheitsdauer betrug:

1915	1914	1913	1912
14,85 Tage	17,49 Tage	18,33 Tage	18,63 Tage
(15,18 männliche 12,02 weibliche)			

Krankheitstage auf den Kopf der durchschnittlichen Mitgliederzahl entfielen:

1915	1914	1913	1912
9,44	10,83	11,6	12
(9,46 männliche 9,20 weibliche)			

Die häufigen Erkrankungen der weiblichen Mitglieder in 1915 zeigen schon den schädlichen Einfluß der Fabrikarbeit auf die Frauen. Der geringe Rückgang der Krankheitsfälle und -dauer ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter unter dem Druck der Verhältnisse im Betrieb und dem der Leuerung arbeiten, so lange es nur irgend geht.

Die Sterblichkeitszahl war 1915 bedeutend höher als im Vorjahr, sie betrug 5,84 auf 1000 Mitglieder gegen 4,12 im Jahre 1914. Zum Sterbedienst wurden 1914 8114 und 1915 7500 Mitglieder eingezogen.

Ein Friedensruf der amerikanischen Arbeiterschaft.

Washington, den 27. März. Der amerikanische Arbeiterbund (American Federation of Labor) hat an alle dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Arbeitervereinigungen der Welt eine Aufforderung ergehen lassen, an einem Weltkongreß der Arbeiterschaft teilzunehmen. Aus jeder Gewerkschaft sollen zwei Delegierte erwählt werden, die zu gleicher Zeit wie der Kongreß der Nationen, der zum Zwecke der Beendigung des gegenwärtigen Krieges zusammentreten wird, einen Kongreß abhalten.

Die von Samuel Gompers, Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes (Federation of Labor) ausgehende Botschaft lautet zum Teil wie folgt:

„An die organisierten Arbeiterbewegungen aller Länder: Keine Herzen! Wollen sie einen Vertreter zu dem Arbeiter-Weltkongreß entsenden, der zu gleicher Zeit und in derselben Stadt abgehalten werden soll, wie die Zusammenkunft der über die Friedensbestimmungen entscheidenden Vertreter der verschiedenen Länder? Der im November 1914 abgehaltene Kongreß des Amerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) nahm einen Beschluß an, der die Zusammenberufung eines Arbeiterkongresses zur selben Zeit und am gleichen Platze wie der über die allgemeinen Friedensbedingungen am Schluß des Krieges entscheidende allgemeine Friedenskongreß festsetzt. Dieser Beschluß wurde allen gewerkschaftlichen Landeszentralen offiziell mitgeteilt.

Der Vorschlag, einen Arbeiterkongreß abzuhalten, wurde von den verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen während des vergangenen Jahres allgemein diskutiert und einige von ihnen haben dem Plan offiziell beigestimmt. In anderen Ländern konzentrierten sich die Gedanken auf die unmittelbaren und dringenden Probleme des Schlachtfeldes und den endgültigen Ausgang des Krieges.

Wir lassen die Fragen, für welche die Männer ihr Blut vergießen und ihr Leben hergeben, nicht außer acht. Auch bei uns gab es nationale Probleme, die aus Kriegszuständen hervorgingen; und jetzt ist es unser großes Bestreben, daß die Schweden, die Europa heimzuführen, nicht auch über unser Land durch ein kriegerisches Unternehmen hereinbrechen.

Größere Gelegenheit zur Erlangung von Schutz und Freiheit wird denjenigen geboten werden, welche die Arbeit der Welt verrichten, den Arbeitern aller Länder.

Die Arbeiter können sich weigern, die Opfer der Kämpel, der bösen Pläne, des Ehrgeizes derjenigen zu werden, die für diesen Krieg verantwortlich sind. In ihren Kämpfen gegen die Unterdrückung wurde die Sehnsucht nach menschlicher Freiheit, nach besseren Verhältnissen, nach Gerechtigkeit im Leben und in der Arbeit geboren.

Langsam aber sicher haben die Arbeiter Forderungen auf Anerkennung ihrer Rechte als menschliche Wesen und als Mitglieder der Gesellschaft erhoben und viele dieser Forderungen durchgesetzt. Seit Kriegsbeginn hat die wirtschaftliche Bedeutung, die politische und militärische Machtstellung der Arbeiterschaft, sowohl stillschweigend wie offiziell, Anerkennung gefunden.

Angesichts ihrer Würde und ihres Wertes ist es die Pflicht der Lohnarbeiter, von der im nächsten Weltkongreß versammelten Welt zu verlangen, daß keine sich auf das Leben der Arbeiter beziehende Angelegenheit entschieden werde, ohne daß die Arbeiter dazu zu Rate gezogen werden.

Die Arbeiterbewegung ist ein großer humanisierender und demokratisierender Faktor im Leben der Nationen und muß überall dort einen Platz haben, wo die Wohlfahrt der Lohnarbeiter in Frage kommt.

In dem Arbeiterkongreß soll dieses Problem die vollste und beste Vertretung finden und dadurch Einfluß und Stimme in dem Weltkongreß erlangen.

Der dem 35. in San Francisco am 8. November 1915 abgehaltenen Jahrestage des Amerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) unterbreitete Bericht des Ausübenden Vorsitzenden enthielt den Vorschlag eines Zusammentretens des in Aussicht genommenen Arbeiter-Weltkongresses. Der Vorschlag ist notwendigem Maße behebbar und groß angelegt. Der Zweck ist die Sicherung einer vollen Vertretung der Arbeiter aller Länder. Sie werden gebeten, mir sobald wie möglich die Stellungnahme der Arbeiterschaft Ihres Landes zu diesem Plane mitzuteilen.

Der von dem Amerikanischen Arbeiterbund genehmigte Plan enthält die folgenden allgemeinen Vorschläge: Daß jede dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossene Landeszentrale nicht mehr als zwei Abgeordnete zum Kongreß

